

## **Redebeitrag zur Kundgebung am 02.05.2020 in Aachen – Das Sterben an den Grenzen stoppen!**

Wir sind heute hier, weil die Situation an den europäischen Außengrenzen unerträglich ist und immer dramatischer wird. Angesichts der weltweiten Corona-Pandemie müssen wir mehr denn je solidarisch handeln und jene unterstützen, die von der Katastrophe besonders schwer betroffen sind. Wir können auch während Corona nicht schweigen und wollen unsere Solidarität mit den Schutzsuchenden in den Lagern hier und an den europäischen Außengrenzen zeigen und gegen diese unmenschlichen Zustände protestieren.

Seit Jahren ist die Situation an den EU-Außengrenzen unerträglich. Durch die aktuelle COVID-19-Pandemie wird diese noch verschärft. Die Situation in den mittlerweile unter Quarantäne stehenden griechischen Lagern hat sich enorm zugespitzt. Das bekannteste Beispiel ist mit Sicherheit Moria auf Lesbos, dort leben 20.000 Menschen in einem für 3.000 Menschen angelegten Lager. Die Lebensbedingungen sind unerträglich: Es gibt zu wenig Platz, zu wenig Essen, kaum Wasser, wenig bis keine gesundheitliche Versorgung. Krankheiten wie COVID-19 können sich hier nahezu ungehindert ausbreiten. Trotz bestürzter Lippenbekenntnisse verschiedener Politiker\*innen hat Deutschland bisher nur 47 minderjährige Geflüchtete aus Moria aufgenommen. 47 von über 40.000 Schutzsuchenden auf den griechischen Inseln. Ein Armutszeugnis für eines der reichsten Länder der Welt.

Doch nicht nur in Griechenland, in der ganzen EU leben Geflüchtete in Lagern und Sammelunterkünften zurzeit in einer besonders prekären Situation. Ein Beispiel sind die –aus der öffentlichen Wahrnehmung fast verschwunden – Zeltcamps von Geflüchteten in Calais und Grande-Synthe bei Dunkerque, in denen bei Beginn der Krise trotz der Winterzeit etwa 1.500 Menschen leben, die nun mit einer enormen Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen sowie gewaltsamen Übergriffen der Polizei zu kämpfen haben.

Auch in Deutschland haben bereits verschiedene Organisationen darauf hingewiesen, dass die Unterbringung in zu engen Sammelunterkünften sofort beendet werden muss. Schutzmaßnahmen gegen Corona können dort nicht genügend eingehalten werden und die Menschen sind dem Virus schutzlos ausgeliefert.

Ein Skandal ist auch die Inhaftierung von Geflüchteten in der als Abschiebegefängnis genutzten JVA Büren – nicht mit dem Ziel der Abschiebung, sondern allein aufgrund des Infektionsschutzgesetzes. Die Inhaftierung von Geflüchteten nach dem Infektionsschutzgesetz ist sehr bedenklich und äußerst diskriminierend!

Zusätzlich dazu findet zurzeit trotz völker- und menschenrechtlicher Verpflichtungen keine Seenotrettung im Mittelmeer statt. Malta und Italien haben die ihre eingestellt. Private Seenotrettungsorganisationen wurden indes vom deutschen Innenministerium aufgefordert, die Rettungen einzustellen, da es aus Kapazitätsgründen zurzeit keine sicheren EU-Häfen gebe. Diese Politik ist tödlich und untragbar.

Gerade während der Pandemie, die die Situation für Menschen auf der Flucht drastisch verschärft, ist es für uns eine Pflicht, gegen diese untragbaren Zustände zu protestieren. Die Corona-Krise darf nicht zur Begründung dafür werden, dass Menschen an anderer Stelle unmenschlichen Zuständen oder gar dem Tod überlassen werden.

### **Wir fordern deshalb:**

- **Die Schließung aller Lager und die dezentrale Unterbringung der geflüchteten Menschen auf freiwilliger Basis in menschenwürdigen Unterkünften wie z.B. ungenutzten Hotels, Ferienwohnungen oder leerstehenden Häusern!**
- **Den sofortigen Stopp aller Abschiebungen!**
- **Die Legalisierung für alle illegalisierten lebenden Menschen und damit den Zugang zu sicherer Unterbringung und Gesundheitsversorgung!**
- **Die sofortige Wiederaufnahme der Seenotrettung!**
- **Das Ende der tödlichen Außengrenz- und auf Abwehr gerichteten Migrationspolitik der EU!**